

MARCEL FRATZSCHER



Teures Leben, verlorenes Vertrauen

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Frankreich brennt. Was Anfang Oktober als Schülerprotest gegen marode Schulen begann, ist kürzlich zu landesweiten Massenprotesten gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten geworden. Ist das auch bei uns denkbar? Fakt ist: Wer glaubt, die Wut vieler junger Menschen in Frankreich habe mit Deutschland nichts zu tun, der irrt. Denn auch hierzulande gelten die steigenden Lebenshaltungskosten seit Jahren als eines der beiden wichtigsten Probleme, wie Umfragen regelmäßig ergeben.

Die meisten Menschen in Deutschland haben heute zwar einen deutlich höheren materiellen Lebensstandard als vor 20 Jahren. Die realen Haushaltseinkommen lagen 2021 im Schnitt um 35 Prozent über dem Niveau von 1995. Doch die Verbesserungen sind extrem ungleich verteilt: Das reichste Zehntel der Bevölkerung legte real um 58 Prozent zu, das ärmste Zehntel hatte 2021 real kein höheres Einkommen als 1995.

Über die letzten fünf Jahre ist der Lebensstandard für viele Menschen kaum oder gar nicht gestiegen, für manche ist er gesunken. Die Preise befinden sich heute gut ein Viertel über dem Niveau von 2020, die Reallöhne lagen 2025 aber noch immer unter denen von 2019. Die Inflation war und bleibt höchst unsozial. Sie trifft die verletzlichsten Gruppen unserer Gesellschaft viel stärker als andere, etwa Familien mit geringen Einkommen oder Bezieher*innen von Sozialhilfe. Rentner*innen mit geringen Einkommen geben inzwischen fast ein Drittel ihrer Konsumausgaben allein für Lebensmittel und Energie aus, hinzu kommt das Wohnen. Fast jede fünfte Person über 65 Jahren ist armutsgefährdet. Und dann ist da das Wohnen, die wichtigste soziale Frage unserer Zeit. Jeder dritte Mieterhaushalt ist mittlerweile mit seinen Wohnkosten überfordert. Umziehen, etwa für Ausbildung oder Job, können sich viele nicht leisten, weil das Angebot so gering ist – die Kosten sind teils exorbitant gestiegen.

Vier Gründe sorgen dafür, dass die Unzufriedenheit mit diesen Entwicklungen anhaltend hoch ist: Erstens sinken die Preise nicht wieder, sie bleiben auf hohem Niveau. Und gestiegen sind

nicht die Preise für Luxusgüter, sondern vor allem für Lebensmittel und Energie. Zweitens erleben viele Menschen sechs Jahre ohne Wohlstandsgewinn. Drittens machen sich viele Menschen Zukunftssorgen darüber, dass die Löhne nicht im selben Maße steigen wie die Preise, sie vielleicht ihren Arbeitsplatz verlieren und die Wirtschaft 2026 kaum noch wächst. Wer Angst hat, spart und konsumiert weniger – und schwächt damit die Wirtschaft zusätzlich. Viertens, und das wird oft übersehen: Die Ungleichheit bei den privaten Ersparnissen ist extrem. Knapp ein Drittel der Menschen lebt in Haushalten, die eine unerwartete höhere Ausgabe nicht aus eigenen Mitteln stemmen können.

Was sollte die Politik tun, um Abhilfe zu schaffen? Die Leistungen für Familien und Kinder sowie für Menschen in der Grundversorgung müssen erhöht werden. Und wenn der Staat schon Steuern senkt, dann doch bitte die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel im Supermarkt, nicht die Steuern an der Tankstelle. Zudem brauchen wir eine Energiepreispauschale wie 2022, diesmal aber nur für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, und ein sozial gestaffeltes Klimageld.

Bezahlbarkeit ist eine Frage der Demokratie und nicht nur des Lebensstandards. Wir treiben immer mehr Menschen zu politisch extremen und häufig schädlichen Positionen, wenn die Grundversorgung deutlich teurer wird – auch, weil einige Unternehmen eine enorme Marktmacht aufbauen, die ihnen stark steigende Gewinne beschert. Auch deshalb ist eine Übergewinnsteuer (wenn sie umgesetzt werden kann) und eine stärkere Besteuerung großer Vermögen notwendig. Vorsicht geboten ist jedoch bei Preiskontrollen, wie sie von manchen gefordert werden. Deutlich effektiver ist es, Missbrauch zu verhindern und Menschen mit geringen Einkommen direkt mit Transfers zu unterstützen.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 23. Oktober 2026 online bei Die ZEIT erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 28. Oktober 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Clara Schäper

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787